



Staats- und  
Universitätsbibliothek  
Bremen

# **Staats- und Universitätsbibliothek Bremen**

**DFG Projekt Die Grenzboten**

**Die Grenzboten**

**Berlin u.a., 1841 - 1922**

Maßgebliches und Unmaßgebliches

**urn:nbn:de:gbv:46:1-908**

## Maßgebliches und Unmaßgebliches

Reichs-Spiegel. (Statsberatung im Reichstage. Abrechnung des Reichskanzlers mit Zentrum und Sozialdemokratie. Das neue Programm. Braunschweig und der Bundesrat.)

Im Reichstage hat die Beratung des Stats begonnen. Das bisherige Ergebnis kann man insofern erfreulich nennen, als das Verhältnis der Parteien zu einander weiter geklärt erscheint. Dazu hat vor allem das Auftreten des Reichskanzlers beigetragen, der in zwei großen, mit brausendem Beifall begrüßten Reden eine gründliche Abrechnung mit der schwarz-roten Minderheit vorgenommen hat. Fürst Bülow hat also dafür gesorgt, daß über Stellung und Absichten der Regierung kein Irrtum Platz greifen konnte.

Wie es scheint, hat das Zentrum noch nach dem Zusammentritt des Reichstages trotz der Lehre, die es durch das Zusammenhalten der Konservativen und Liberalen bei der Präsidentenwahl empfing, an der Hoffnung festgehalten, die Regierung werde nach ihrem Wahlsieg eine gewisse Vorsicht in ihrer Haltung gegenüber dem Reichstag üben und im Grunde doch mit der Möglichkeit rechnen, dem anfänglich schmolgenden Zentrum den Weg zur Rückkehr in ihre Arme offen zu halten. Fürst Bülow hat diese Hoffnung gründlich enttäuscht. Er rechnete schon am ersten Tage der Statsberatung so scharf mit dem Zentrum ab, daß der schmale Steg, der noch die Möglichkeit einer Verbindung zwischen Zentrum und Regierung zu bewahren schien, vollends abgebrochen wurde. Die Zentrums-Presse quittierte darüber mit einem giftigen Ingrimm, an dessen Aufrichtigkeit nicht zu zweifeln war, und zugleich mit einer Zuversichtlichkeit auf die Erfüllung der eignen Parteidünsche, worin ein erkünstelter Humor und die quälende Sorge und Enttäuschung nur zu deutlich wiederklangen. Es hat nicht an bedenklichen Beurteilern gefehlt, namentlich im Auslande, die die unerwartete Schroffheit des Fürsten Bülow gegenüber dieser Partei recht begriffen. Und doch hat der Reichskanzler gerade damit eine klare Einsicht in die realpolitischen Notwendigkeiten der nächsten Zukunft bewiesen. Der begeisterteste Beifall, den seine Rede bei Konservativen und Liberalen fand, konnte darüber belehren, daß die entschiedene Lossagung vom Zentrum die Grundlage bildet, auf der allein Konservative und Liberale so weit zur Verständigung gebracht werden können, daß eine sichere Mehrheit in nationalen Fragen erreicht wird.

Hierin beruht nach wie vor die Hauptschwierigkeit. Denn das gegenseitige Mißtrauen auf der rechten und der linken Seite ist immer noch groß. Auffallenderweise ist es diesmal eine freikonservative Stimme gewesen, die offen sogar die Hoffnung ausgesprochen hat, daß es bald wieder zu einem Zusammengehen des Zentrums mit den konservativen Parteien kommen werde. Aber der Abgeordnete Gamp — er ließ diesen Lockruf an das Zentrum ergehen — wurde von seiner eignen Partei ziemlich schnöde verleugnet. Fürst Hasfeldt stimmte seine Rede auf einen ganz andern Ton ab. Man wird natürlich nicht erwarten dürfen, daß die liberalen Parteien von der rechten Seite unschmeichelt und umworben werden. Und ebensowenig darf man sich wundern, daß in den Reden der Linken ein stark polemischer Ton gegen die konservativen Anschauungen fortbauert. Es handelt sich auch nicht darum, daß die Parteien ihre grundsätzlich verschiedene Betrachtungsweise politischer Fragen aufgeben. Sie sollen nur gewisse Fragen durch Verständigung und etwas mehr gegenseitige Duldung einer praktischen Lösung entgegenführen. Dazu gehört aber das entschiedene Bewußtsein, daß das der einzige Weg ist, auf dem überhaupt etwas zustande kommen kann und auf dem zugleich der berechtigte

Einfluß der Parteibestrebungen relativ am günstigsten zur Geltung kommen kann. Ein solches Bewußtsein kann schwer durchdringen und zu einer ausschlaggebenden Rolle bei politischen Entscheidungen gelangen, solange die Möglichkeit besteht, daß die Regierung immer noch mit einer Partei wie dem Zentrum rechnet oder gar rechnen muß. Diese Erwägung begründet die schroffe Abschüttlung des Zentrums zur Genüge.

Im Zentrum hat man das auch sehr wohl gefühlt, und darum empfindet die Partei die Fehler, die sie in der letzten Zeit des alten Reichstags unter der Führung ihres demokratischen Flügels gemacht hat, jetzt mit um so größerer Bitterkeit, als die Lage ihr nicht gestattet, sie einzugestehn. Es hilft nun einmal nichts, sie muß von dem Sessel der Macht heruntersteigen und ihr Heil an der Seite der Sozialdemokratie in der Opposition suchen. Man kann nicht sagen, daß das Zentrum diese Rolle besonders glücklich begonnen hat. Die richtige Taktik ist nach den Zeiten des Glücks und der Verwöhnung nicht leicht zu finden. Der Abgeordnete Spahn, der die Hauptrede zum Etat zu halten hatte, bemühte sich sachlich zu sein und ging erst im zweiten Teil zu einer elegischen Betrachtung der Lage seiner Partei über. Die Rede spiegelte noch die Hoffnung wider, daß die Regierung vielleicht einiges Entgegenkommen zeigen werde. Die Rede des Reichskanzlers war die Erwiderung darauf; sie zerstörte die letzte Hoffnung vollkommen. Später haben die Herren Gröber und Schädler die neue Lage für ihre Partei zu bestimmen sich bemüht, und beide haben gezeigt, wie schwer sich das Zentrum in seine Stellung hineinfindet. Der Zorn und die Stimmung, die aus einer Enttäuschung zu entspringen pflegt, sind schlechte Ratgeber. Keine klare Erfassung der Lage, nur ein krampfhaftes Bemühen, die wirklichen Ereignisse auf den Kopf zu stellen, kennzeichnete die Rede Gröbers, die einen überaus schlechten Eindruck machte, und sein bayerischer Genosse Schädler suchte durch Länge und Breite zu ersetzen, was ihm an Gewicht der Gründe fehlte.

Unter den Eindrücken der neuen parlamentarischen Lage gestaltete sich auch die herkömmliche Abrechnung des Reichskanzlers mit Bebel zu einem bedeutungsvollen Symptom der eingetretenen Veränderungen. Fürst Bülow hat schon oft glücklich und gewichtig gegen Bebel geredet, und er hatte parlamentarische Erfolge gegen den Sozialistenhäuptling zu verzeichnen, obwohl dieser viel besser gesprochen hatte als am 26. Februar dieses Jahres. Früher verstand es Bebel oft, durch seine geschickte Ausnutzung weitverbreiteter, kritischer Stimmungen und durch seine temperamentvolle Art auch solche Leute fortzureißen und in ihrem Urteil über seine Reden zu beeinflussen, die sonst der Sozialdemokratie ganz fern standen. Diese hinreichende Kunst hat der alte Bebel vollständig eingebüßt. Wo ihn nicht das gläubige Vertrauen seiner eignen Gemeinde unterstützt, erscheint er nur noch als der geschwätzige Alte, der in der Hingabe an einen maßlosen Fanatismus Urteilskraft und Selbstzucht vollständig eingebüßt hat. Seinen Reden fehlt das früher über viele Mängel hinwegtäuschende Band einer Überzeugung von etwas prophetischem Charakter, wenn es auch eine oft fehlgehende Prophetie des Hasses war; diese Reden werden jetzt mehr und mehr ein italienischer Salat von Zeitungsausschnitten, die von zusammenhanglosen Phrasen und heftigen Ausfällen, die die Ohnmacht dieses Hasses nicht mehr verdecken können, mühsam zu einer scheinbaren Einheit zusammengestellt werden. Die Dispositionslosigkeit der Reden wirkt nachgerade peinigend auf den Zuhörer. Man darf also sagen, daß der allmählich zur Ruine werdende Führer der Sozialdemokratie es diesmal dem Reichskanzler wesentlich erleichterte, ihn aufs Haupt zu schlagen. Während aber früher selbst ausgezeichnete Reden des Fürsten Bülow gegen Bebel von bürgerlichen Kritikern oft mit einer ungerechten und tendenziösen Schärfe zergliedert und mit einem weitgehenden Skeptizismus hinsichtlich ihrer

Wirkungen aufgenommen wurden, halten jetzt auch alte Gegner des Fürsten Bülow mit ihrer Anerkennung nicht zurück, nachdem er dem greisenhaften Gezeter Bebel's die selbstbewußte Kraft des die Lage beherrschenden Staatsmanns entgegengestellt hat. Das ist wieder einmal ein Beweis dafür, daß nicht die rednerische Geschicklichkeit das Entscheidende ist, sondern das Gewicht, das der Redner aus der politischen Lage selbst für sich in die Waagschale zu legen weiß. Der jubelnde Beifall, den die scharfen Töne des Reichskanzlers gegen Bebel hervorriefen, zeigte vor allem die innere Übereinstimmung der Reichstagsmehrheit mit dieser entschiedenen Kampfstellung der Regierung gegen die schwarz-rote Minderheit, und es war auch zu erkennen, daß sich der Reichskanzler mehr als früher von dieser Zustimmung getragen fühlte.

So konnte der Reichskanzler auch insofern zu einer weiteren Klärung der Lage schreiten, als er wenigstens in den Umrissen ein Programm andeutete, auf das er Konservative und Liberale zu vereinigen hofft. Er machte kein Hehl daraus, daß die wirtschaftliche Grundlage des bisherigen Systems erhalten bleiben müsse. Der Schutz der nationalen Arbeit aller Erwerbsgruppen, wie er in dem durch Handelsverträge gemilderten Schutzollsystem und in der gleichmäßigen Fürsorge für Industrie und Landwirtschaft sowie in jeder nur möglichen Rücksicht auf die Interessen des Mittelstandes zu finden ist, muß die Richtschnur der Politik bleiben. Das bedeutet für die Konservativen eine Gewähr, die ihnen wohl die Möglichkeit gibt, verschiedenen Forderungen des Liberalismus weiter entgegenzukommen, als sie sonst geneigt sein würden. Fürst Bülow hat denn auch eine Reihe solcher Forderungen bezeichnet: Reform des Vereins- und Versammlungsrechts, Vereinfachungen und Einsparnisse in der Armee, Verbesserung der Lage der Beamten, Börsenreform. Der erste und der letzte dieser Punkte bedeuten für die konservative Anschauung ein größeres Opfer. Die konservative Partei hat es sich bisher angelegen sein lassen, das Vereins- und Versammlungsrecht, das nach Artikel 4 der Reichsverfassung der Reichsgesetzgebung unterliegt, möglichst in dem bisherigen provisorischen Zustande zu belassen, in dem die Landesgesetze noch fortbestehen. Es beginnt aber wohl die Einsicht durchzudringen, daß diese Ordnung nicht mehr lange aufrecht zu erhalten ist, da die Befugnis des Reichs feststeht und über kurz oder lang ihr Recht fordern kann. Die Ankündigung des Reichskanzlers hat daher auch an maßvoller konservativer Seite keinen ernstlichen Widerspruch erfahren. Schwieriger scheint es mit der Börsenreform zu stehen, aber auch hier glückt es vielleicht, zu einer Verständigung zu gelangen, da sich die wirtschaftlichen Gegensätze in vielen wichtigen Punkten einem Ausgleich zu nähern scheinen, und die extremen Elemente auf beiden Seiten bei der herrschenden Stimmung wohl nicht die Führung erhalten werden. Man darf deshalb der Bülow'schen Politik ein günstiges Prognostikon stellen.

Einen vollen Erfolg hat Fürst Bülow jetzt endlich auch in der braunschweigischen Frage errungen. Über fünf Monate ist diese Angelegenheit, die mancherlei bedenkliche Seiten unsers nationalen Lebens an die Oberfläche und an die Öffentlichkeit zu bringen drohte, durch sachlich nicht gerechtfertigte Quertreibereien in der Schwebe erhalten worden. Nun ist endlich der Ausgang herbeigeführt worden, der allein nach der nationalen Seite hin Befriedigung zu schaffen vermag. Niemand hat das Prinzip des Legitimus angetastet, und doch ist ihm die Schranke gezogen worden, die durch das höhere Recht der nationalen Interessen und der nationalen Einheit gegeben ist. Daß die Stimmung im Herzogtum Braunschweig darauf ausging, dem Provisorium ein Ende zu machen, ist zu begreifen. Daß diese Stimmung von welfischer Seite ausgenutzt wurde, die Bedenken zu verwischen, die der Thronbesteigung des Welfenhauses in Braunschweig Hindernisse bereiteten, ist ebenfalls selbstverständlich. Überraschung erregte nur, daß trotz

der Haltung des Herzogs von Cumberland, die jede Täuschung in der Richtung der braunschweigischen Wünsche beseitigen mußte, noch so viel Winkelzüge versucht wurden, eine Lösung herbeizuführen, die für Preußen — das mußte sich jede kühle Überlegung sagen — ganz unmöglich war. Um so weniger zu verstehen war es, als der erste Beschluß der braunschweigischen Landesversammlung in dieser Angelegenheit dem preußischen Standpunkt vollständig Rechnung trug, ohne daß Preußen selbst irgend etwas getan hätte, was einer Einmischung in die innern Angelegenheiten des Herzogtums auch nur im entferntesten ähnlich sehen konnte. Erst als Preußen selbst auf direkte Veranlassung der braunschweigischen Regierung seinen klaren und unanfechtbaren Rechtsstandpunkt dargelegt hatte, fing man im Herzogtum an, sich in einen ganz ungerechten Ärger gegen Preußen hineinzuleben. Und unter diesem Einfluß entstand die Neigung, die für Braunschweig eigentlich doch viel verletzendere Haltung des Herzogs von Cumberland völlig zu vergessen und auf seinen neuen Vorschlag einzugehn. Dieser bestand bekanntlich darin, daß er für sich selbst und auch seinen ältesten Sohn auf Braunschweig verzichtete, um die Thronbesteigung seines jüngern Sohnes, des Prinzen Ernst August, in Braunschweig herbeizuführen. Es konnte den Beurteilern dieses Vorschlags unmöglich entgehn, daß er die allein mögliche Lösung der Frage nicht enthielt. Denn er schloß nicht den Verzicht des Welfenhauses auf Hannover in sich, beseitigte also nicht für die Zukunft die Möglichkeit, daß ein regierender Herzog von Braunschweig doch einmal Anspruch auf die preußische Provinz Hannover erheben könnte. Braunschweig aber bestand darauf, um der Stimmung seiner Bevölkerung Rechnung zu tragen, daß die Frage im Bundesrat entschieden werden solle. In der vorigen Woche ist die Entscheidung erfolgt. Es ist darin deutlich ausgesprochen, daß die Thronbesteigung auch eines andern Mitgliedes des Welfenhauses in Braunschweig unzulässig ist, solange der Verzicht auf Hannover nicht geleistet worden ist. Die Hauptsache aber ist, daß dieser Beschluß einstimmig gefaßt wurde. So wird die an sich nicht allzu bedeutende Entscheidung zu einem Dokument für die Festigkeit des Reiches und die Erprobtheit der Gedanken, die dem Bunde der deutschen Fürsten und freien Städte zugrunde liegen. In Verbindung mit der Gestaltung der Verhältnisse im neuen Reichstag zeigt sich darin ein unverkennbarer nationaler Fortschritt, und darüber können wir uns aufrichtig freuen, ohne freilich zu vergessen, wieviel in dieser Richtung noch zu tun ist.

Das deutsche Heer in französischer Beurteilung. Der französische Major Driant, der im vorigen Jahre die deutschen Kaisermanöver in Schlesien mit angesehen hat, hat seine Eindrücke in einem Buche mit dem Titel „Einem neuen Sedan entgegen“ veröffentlicht, das diesseits und jenseits der Grenze großes Aufsehen erregt hat. Es ist in deutscher Übersetzung bei G. Stalling in Oldenburg erschienen. Wie schon der Titel verrät, kommt die französische Armee bei dem Vergleiche, den der Verfasser zwischen ihr und der deutschen anstellt, ziemlich schlecht weg. Wir können in der Tat mit dem Urteil des Majors Driant recht zufrieden sein, und die deutsche Tagespresse hat denn auch dankbar quittiert und ist größtenteils von der Unübertrefflichkeit des deutschen Heeres tief überzeugt. Man vergesse nicht: es ist dieselbe Presse, die vor Jahr und Tag, als Herr Beyerlein ein Buch unter einem ähnlich klingenden Titel in die Welt sandte, in mehr oder weniger tiefer sittlicher Entrüstung über dasselbe deutsche Heer schwelgte. Das Buch von Driant ist nur eine neue Bearbeitung des Themas von der Überlegenheit des deutschen Heeres, das in Frankreich in der letzten Zeit in den verschiedensten Variationen besprochen worden ist, nur sind die Mängel und Schäden der französischen Armee noch nie in so unverhüllter, krasser Form von einem Sach-

verständigen dargestellt worden, wie es hier geschehen ist. Man beschäftigt sich in Frankreich viel mehr mit dem deutschen Heere, als es umgekehrt, wenigstens in der Presse und der Öffentlichkeit, geschieht. Dabei werden meist — auch in dem vorliegenden Buche — die Aussichten beider Parteien in einem neuen Kriege besprochen, als ob ein solcher ein nahe bevorstehendes und unvermeidliches Ereignis wäre. Es liegt darin ein eigentümlicher Mangel an Verständnis nicht nur für die deutsche Politik und den Deutschen Kaiser, sondern auch für das Wesen der allgemeinen Wehrpflicht überhaupt. Man könnte wohl behaupten, daß den Franzosen im großen und ganzen die sittliche und friedenserhaltende Bedeutung der allgemeinen Wehrpflicht schleierhaft und unverständlich ist. Das französische Heer hat seine Ideale seit seiner Neugründung nach dem Kriege von 1870 in der Revancheidee gesucht, und — die Franzosen werden das selbst nicht leugnen können — diese Idee ist im Bewußtsein der großen Masse immer nur durch künstliches Einheizen warm zu halten gewesen. Sechszunddreißig Jahre sind aber eine lange Zeit, und der Brennstoff ist mit der Zeit knapp geworden, die Revancheidee zieht nicht mehr recht. Es ist den Franzosen ähnlich gegangen wie unsern Sozialdemokraten, deren Zukunftsstaatsideale, so begeistert sie anfänglich gewirkt haben mögen, mit der Zeit lächerlich und grotesk geworden sind.

Die Revancheidee ist nicht verwirklicht worden, weil sich die Franzosen nicht getrauten, allein mit Deutschland anzubinden, und weil es ihnen trotz aller Bemühungen bisher nicht gelungen ist, den Verbündeten zu finden, der bereit gewesen wäre, für französische Ideale das Tänzen zu wagen. In den Augen der Franzosen wäre aber die Verwirklichung dieses Machtraumes der eigentliche und letzte Zweck des Heeres. Daß der militärische Dienst eine einfache staatsbürgerliche Pflicht sei, wie es das deutsche Volk seit Generationen auffaßt, eine Pflicht, die mit gloire und revanche nichts zu tun hat, das sieht der Franzose nicht ein. Darin liegt eine Schwäche des französischen Heeres. Denn ein großer Teil des französischen Volkes, für den der Gedanke der Revanche nichts Begeisterndes mehr hat, gerät dadurch in das Lager der Antimilitaristen, erfüllt die Dienstpflicht nur mit Widerwillen und neigt zu allerlei Unbotmäßigkeiten. Man würde aber auf deutscher Seite einen verhängnisvollen Irrtum begehen, wenn man annehmen wollte, daß diese Schwäche des französischen Heeres, die im Frieden oft genug üble Erscheinungen hervorruft, auch in einem Kriege gegen Deutschland wirksam werden würde. Die Erfahrung lehrt, daß der Ruf: „Das Vaterland ist in Gefahr!“ eine wunderbar einigende Wirkung auf alle Franzosen ausübt, und daß in demselben Augenblick alle Parteiungen, aller innere Hader vergessen ist. Demonstrationen, Reden und Unbotmäßigkeiten, die im französischen Heere an der Tagesordnung sind, haben keineswegs die Bedeutung, die sie bei uns haben würden, wo so etwas, wie Major Driant bewundernd anerkennt, ein Ding der Unmöglichkeit ist.

Der wunde Punkt im französischen Heere, den derselbe Verfasser auch gebührend hervorhebt, liegt an einer andern Stelle, an dem Oberkommando. Was Driant hierüber schreibt, muß den patriotischen deutschen Leser mit Freude, aber auch mit einer gewissen Scham erfüllen. Es ist ja eine wahre, aber schmerzliche Tatsache, daß der Deutsche Kaiser nirgends so uneingeschränkte Bewunderung findet als in Frankreich. Man hat gesagt, das liege daran, daß das Wesen des Kaisers, seine mit dem Effekt rechnende Erscheinung den Franzosen besonders zusage. Das mag wohl mitwirken, der tiefere Grund ist aber doch der, daß der Franzose mit neidischem Instinkt fühlt, daß sich in der Person des Kaisers eine Macht konzentriert, der der französische Staat nichts Äquivalentes entgegenstellen kann. *Rein conseil de guerre* und kein *général en chef* hat die unbedingte Autorität dieses Monarchen, auf die schließlich im Kriege alles ankommt.

Alles in allem geht aus dem Driantschen Buche wie aus vielen andern französischen Äußerungen hervor, daß die Franzosen nur mit sehr unbehaglichen Gefühlen an einen möglichen Krieg mit Deutschland denken. Sehr nützlich zu wissen für die, die immer noch nicht glauben wollen, daß der Respekt vor unserm Heere die sicherste Gewähr für den Frieden ist.

Deutsche Bürgerkunde. Wolkenbrüche von Reden und von Druckerchwärze haben sich in der lebhaften Wahlzeit wieder einmal auf unsre Häupter entladen. Aber wie viele von den Herren, die da reden und schreiben, kennen wirklich den großen und komplizierten Organismus, den zu verbessern, dessen Lebensprozeß im Gange zu erhalten die Abgeordneten des Volkes mit berufen sind? Und wie würde bei manchem der Reichstagskandidaten die Prüfung ausfallen, wenn man ihnen auf den Zahn fühlen wollte? Wie viele mögen eine klare Vorstellung davon haben, wie verschieden die Stellung des Kaisers im Reich ist von der, die er als König in Preußen einnimmt, wie weit sich die Kompetenz des Reichskanzlers erstreckt, was für ein Unterschied ist zwischen einem Staatssekretär und einem Minister? Dieses und alles übrige erfährt man aus der Deutschen Bürgerkunde von Reichsgerichtsrat Georg Hoffmann und Prof. Dr. Ernst Groth, die im Grenzbotenverlag voriges Jahr in vierter, vermehrter Auflage (29. bis 31. Tausend) erschienen ist. Selbst wenn man der genauen Kenntnis unsrer politischen und Rechtsinstitute und unsrer Gesetze nicht bedarf, weil man weder Beamter noch Abgeordneter noch Stadtverordneter noch Geschäftsmann sondern nur kontemplativer Zuschauer im politischen Theater ist, will man doch die (bei uns im ganzen glücklicherweise mehr lustigen als traurigen) Stücke, die da aufgeführt werden, wenigstens ordentlich verstehen, und das kann man nicht ohne Kenntnis der Staatsverfassungen, deren wir Deutschen mehr als zwei Duzend haben, und des Verwaltungsapparats. Auch ist es an sich schon ein Genuß, einen so reichen Organismus, wie das Deutsche Reich einer ist, zergliedern und jeden einzelnen seiner Teile betrachten zu können. Übrigens aber gestattet unsre böse Zeit keinem, sein Leben in ungestörter Kontemplation als Zuschauer im Welttheater hinzubringen. Jeden ohne Ausnahme zwickt der Steuerfiskus, und es kann niemals schaden, wenn man sich dieses Scheusal, seine mannigfachen Fangarme, Waffen und Kunstgriffe genau ansieht, also den Reichs- und Staatssteuermechanismus studiert. Auch wird es manchem sehr zustatten kommen, wenn er sich in Zivil- und Strafsachen zu verhalten weiß, wie das der kleine Familienroman auf Seite 123 und die hübsche kleine Kriminalgeschichte auf Seite 132 lehren. Selbstverständlich sind in die neue Ausgabe auch die neuen Gesetze der letzten ziemlich fruchtbaren Legislaturperiode aufgenommen worden, wie das Diätengesetz und das Steuerbukett. Verwaltungsbeamten ist das Buch geradezu unentbehrlich. Es wird ja bei Prüfungen von den Examinatoren geradezu als Fundgrube für Themen und Fragen benutzt. Sehr richtig wird im Vorwort bemerkt: „Die Zitate der wichtigeren einzelstaatlichen Gesetze unter dem Text [die Reichsgesetze werden am Rande zitiert] sind beibehalten und vervollständigt. Sie werden manchem, der genauere Auskunft sucht, namentlich manchem Berufs- und Selbstverwaltungsbeamten als Wegweiser im Labyrinth der modernen Gesetzgebung nicht unwillkommen sein.“ Und wenn, wie viele Stimmen verlangen, die Bürgerkunde in die Schulen eingeführt wird, so finden die Lehrer in dieser Bürgerkunde von Hoffmann und Groth ein vorzügliches Hilfsmittel, das an Gediegenheit und Klarheit von keinem andern Werke übertroffen wird. C. J.

